

„Unterlassene Amtshandlung“

Die **Initiative für mehr Demokratie** kritisiert die Blockadehaltung von SVP-Fraktions-sprecher Gert Lanz – und droht mit einem Referendum.

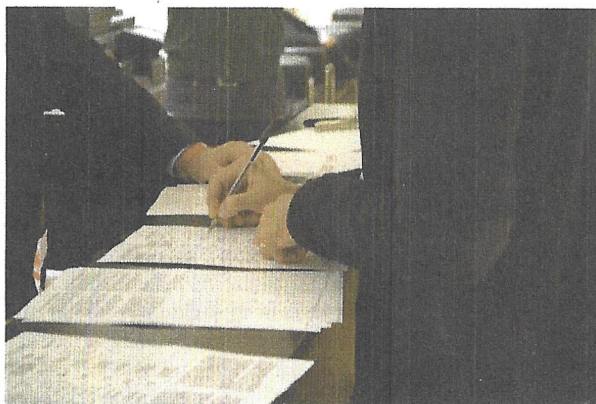
Auf Wunsch von SVP-Fraktions-sprecher Gert Lanz hat der 1. Gesetzgebungsausschuss erneut die Überarbeitung des Gesetzes zur Bürgerbeteiligung vertagt. Diese Entscheidung kann die Initiative für mehr Demokratie nicht nachvollziehen: „Die Gedankengänge des Herrn Lanz, dass die Instrumente der Bürgerbeteiligung von den ‚Interessierten‘ nicht in Anspruch genommen werden können, da das Gesetz technisch nicht funktioniert, dass die BürgerInnen nicht die Möglichkeit haben, zwischenzeitlich Gesetze des Landta-

ges außer Kraft zu setzen und dagegen eine Volksabstimmung einzuleiten, entspringen dem heiß ersehnten Wunsch seiner ‚Interessierten‘, das bestätigende Referendum abzuschaffen oder seine Anwendung so zu erschweren, dass es zwar auf dem Papier stehen bleibt, aber nicht oder nur sehr schwer praktizierbar wird“, meinen Stephan Lausch und Co.

Der SVP-Sprecher wolle trotz wiederholter Erinnerung nicht wahrhaben, dass mit einer Verordnung der Landesregierung zwecks Erreichung der Zielsetzung eines

Landesgesetzes dieses geändert oder ergänzt werden könne, damit die im Gesetz verankerten Rechte anwendbar werden. Diese Vorgangsweise sei von der Landesregierung bereits vorteilhaft angewandt worden. Alle nötigen Änderungen seien ihm schon vor Monaten übergeben worden.

„Der SVP-Vorsitzende ignoriert, dass das Sonderstatut für das Trentino-Südtirol die bestätigende Volksabstimmung auf Landesebene vorsieht, die bereits im fernen Jahr 2002 mit eigenem Landesgesetz geregelt wurde und das 2014 mit Er-



Die Initiative für mehr Demokratie, Gert Lanz: „Gesetz ist bereits anwendbar“

folg für die Direkte Demokratie genutzt wurde. Der SVP-Fraktions-sprecher möge sich bewusst machen, dass jegliche Abänderung des neuen Gesetzes zur Direkten Demokratie von den BürgerInnen mit einer Abstimmung verhindert wer-

den kann. Für die damit verbundenen Kosten wisse sich dann die Regierungsmehrheit verantwortlich. Gert Lanz, gesetzt den Fall, dass er die BürgerInnen in diesem Bereich bereichern will, sollte sich besser für die Umsetzung des Büros für